

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Omid Nouripour, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/11555 –

Den am 12. September und am 4. Oktober 2001 ausgerufenen NATO-Bündnisfall beenden

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass die am 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten von Amerika verübten Anschläge mit etwa 3 000 Opfern von der NATO als Angriff auf alle Bündnispartner im Sinne des Artikels 5 des Nordatlantikvertrages angesehen worden sei.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf der Ebene der NATO-Mitgliedstaaten dafür einzusetzen, den am 12. September sowie am 4. Oktober 2001 festgestellten Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages zu beenden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/11555 abzulehnen.

Berlin, den 28. November 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Philipp Mißfelder
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Rainer Stinner, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11555** in seiner 208. Sitzung am 22. November 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass die am 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten von Amerika verübten Anschläge mit etwa 3 000 Opfern von der NATO als Angriff auf alle Bündnispartner im Sinne des Artikels 5 des Nordatlantikvertrages angesehen worden sei.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf der Ebene der NATO-Mitgliedstaaten dafür einzusetzen, den am 12. September sowie am 4. Oktober 2001 festgestellten Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages zu beenden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11555 in seiner 127. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11555 in seiner 69. Sitzung am 28. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 28. November 2012

Philipp Mißfelder
Berichtersteller

Dr. Rolf Mützenich
Berichtersteller

Dr. Rainer Stinner
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstellerin

